

Die Bedeutung der Ökumene für die Kirchen in der DDR*

VON MATTHIAS SENS

1. Ökumene als Hilfe und Ermutigung zum Kirche-Sein



In der gegenwärtigen Diskussion über den Weg der evangelischen Kirchen in der DDR wird häufig das Verhältnis der Kirchen zum Staat und zur sozialistischen Gesellschaft zum bestimmenden Blickwinkel. Das Antirassismusprogramm als Beispiel für Ökumene führt leicht dazu, auch Ökumene in der DDR ganz aus diesem Blickwinkel Kirche und sozialistischer Staat zu betrachten. Ich möchte deshalb zunächst den Bogen anders und weiter spannen und, wie es mir das Thema auch vorgibt, allgemeiner nach der Bedeutung der Ökumene für die Kirchen in der DDR fragen. Dabei möchte ich an einen Satz von Ernst Lange anknüpfen, der lautet: „Es gibt heute nur eine Aktualisierung für die vier Kriterien des Glaubensbekenntnisses – Einheit, Heiligkeit, Katholizität, Apostolizität (der Kirche) –, und sie heißt: Ökumenizität.“ Die Ökumenische Kommission des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) hat diese Einsicht 1978 in ihrer Konzeption für die ökumenische Arbeit des Bundes und seiner Gliedkirchen aufgenommen.¹ So haben wir in der Tat die Ökumene erlebt und dazu haben wir sie gebraucht. Sie hat uns geholfen, auch in unserer Situation Kirche zu sein.

In loser Anknüpfung an die vier Kennzeichen der Kirche möchte ich dafür vier Punkte hervorheben.

1.1 Die Ökumene und besonders der ÖRK hat uns zur grenzüberschreitenden Teilhabe an der weltweiten Gemeinschaft der Kirchen ermutigt.

Die Gemeinden in der DDR standen in der ständigen Gefahr, sich auf sich selbst und auf die eigenen Probleme zurückzuziehen. Es gab gerade in den sechziger Jahren nach dem Bau der Mauer das Gefühl, abgeschnitten zu sein. Neben der Gemeinschaft mit den Kirchen in Westdeutschland war es die ökumenische Bewegung, die Kontakte nach außen ermöglichte. Sie war

* Vortrag auf der Tagung „50 Jahre Ökumenischer Rat der Kirchen. Die Rolle der Kirchen beim Aufbau einer internationalen Zivilgesellschaft in Europa“ in der Evangelischen Akademie Arnoldshain am 2. Mai 1998.

ein Fenster zur Welt. Was auf ökumenischen Weltkonferenzen bedacht und gesagt wurde, ist deshalb erstaunlich aufmerksam wahrgenommen worden. Und wer die Gelegenheit zur persönlichen Teilnahme bekam, konnte sich in der Regel danach vor Anfragen nach Berichten in den Gemeinden nicht retten. Die Tagung des Zentralaussschusses des ÖRK 1981 in Dresden z. B. und die damit verbundenen Besuche der Teilnehmer in den Gemeinden waren einzigartige Möglichkeiten, sich als Teil der weltweiten Christenheit zu erleben. Die Gemeinschaft im ÖRK zeigte uns, was es heißt, daß das Evangelium allen Menschen gilt und daß es deshalb ständig Grenzen überschreitet. Ökumene ist in der DDR bewußt als Überwindung von Grenzen beschrieben worden, in die die Kirchen und die Menschheit gespalten sind, der konfessionellen, nationalen, kulturellen, sozialen, rassischen Grenzen usw.²

1.2 Die Ökumene hat uns ermutigt in dem Bemühen, Kirche für andere und Kirche des Friedens zu werden

Gleich auf den ersten Tagungen der Synode des Bundes Anfang der siebziger Jahre ist dies als Zielvorstellung beschrieben worden: Kirche für andere zu sein. Es dürfe nicht primär um das Überleben von Kirche gehen, sondern darum, daß die Kirchen in Zeugnis und Dienst mit den Menschen leben, für sie da sind. Deshalb nannte sich der BEK eine „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“, und deshalb sprach man davon, bewußt „Kirche in der sozialistischen Gesellschaft“ sein zu wollen. „Christus befreit – darum Kirche für andere“ hieß das Thema der Bundessynode 1972, auf der Heino Falcke seinen berühmten Vortrag hielt mit der Begründung einer *kritischen* Solidarität mit einem *verbesserlichen Sozialismus*.³

Die Ökumene war für uns eine Ermutigung, als Kirchen in der DDR diesen Weg zu versuchen. „Kirche für andere“ ist eine Formel Dietrich Bonhoeffers. Seinen Anstößen, seiner Theologie begegneten wir immer wieder im ÖRK und auch in den befreiungstheologischen Diskussionen.

Die ökumenische Menschenrechtsdiskussion trug wesentlich dazu bei, daß es uns in der DDR nicht nur und vor allem um die Einforderung von Religionsfreiheit ging, sondern daß die bürgerlichen und die sozialen Grundrechte in engem Zusammenhang verstanden wurden und die christliche Verantwortung für Menschenrechte primär darin gesehen wurde, „daß die Menschenrechte als Rechte des anderen gestaltet und durchgesetzt werden, den Gott ebenfalls geschaffen, befreit und zum Dienst berufen hat“.⁴

Naturgemäß war die Ökumene vor allem Anstoß dafür, die anderen, die unsere Solidarität brauchten, nicht nur in der eigenen Gesellschaft zu

suchen, sondern auch hierin unsere eigenen engen Grenzen zu überschreiten. Die Ökumene wies uns auf den fernen Nächsten hin. Die Möglichkeiten für konkrete Hilfe waren durchaus begrenzt und nötigten oft zur Kooperation mit staatlichen Hilfsorganisationen. Die Impulse, die vom ÖRK kamen, waren eine entscheidende Motivation, nicht nachzulassen und immer wieder nach Möglichkeiten der Solidarität zu suchen und die eigenen Wege kritisch zu überprüfen. Ich denke an die Vollversammlung in Uppsala 1968 mit dem 2%-Appell, an die Erklärungen zum Ökumenischen Miteinander teilen in den achtziger Jahren. Besonders gehört worden ist ein Brief, mit dem die Teilnehmer aus der DDR an der Weltmissionskonferenz in Melbourne 1980 die Thematik von arm und reich in die Gemeinden brachten. Die Kirche für andere ist eine Kirche in Solidarität mit den Armen. Diese Grunderkenntnis wurde zu einem zentralen Ansatz in dem Papier „Mission – Gerechtigkeit – Partnerschaft“ von 1987, in dem die Kirchen in der DDR sich neu auf ihren ökumenisch-missionarischen Auftrag besinnen wollten.⁵

„Kirche des Friedens werden“ heißt einer der 12 Ergebnistexte der Ökumenischen Versammlung in der DDR von 1988/89. Er ist so etwas wie ein Resümee eines langen Weges in Friedensarbeit und Friedenszeugnis der Kirchen in der DDR. Die Interaktion mit Programmen und Aussagen des ÖRK, aber hier auch besonders der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und ihres Engagements für den KSZE-Prozeß, war auch in diesem Themenbereich eng. Freilich ist gerade hier der eigenständige Beitrag der Kirchen in der DDR auch groß gewesen. Ich erinnere an den Antrag der Delegierten aus der DDR an die Vollversammlung in Vancouver für ein Konzil des Friedens, der zu dem Beschluß der Vollversammlung beigetragen hat, die Kirchen zu einem konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung aufzurufen. Mir ist wichtig, daß der Akzent, den die Vollversammlung auf die Verpflichtung zur Gerechtigkeit gelegt hat, auch bei uns dazu geholfen hat, daß in der Ökumenischen Versammlung in der DDR die Fragen der Gerechtigkeit breit verhandelt worden sind. Wie zentral Gerechtigkeit als Bedingung des Friedens ist, haben wir in der Ökumene gelernt.

1.3 Die Ökumene hat uns ermutigt, Kirche im eigenen Kontext zu sein

Daß das eine Evangelium allen Menschen gilt, also wahrhaft katholisch oder universal ist, bewahrheitet sich gerade darin, daß es die Menschen in ihrem konkreten Lebenskontext anspricht. In der Ökumene sind wir anderen Kirchen begegnet, die ganz bewußt Gemeinde Jesu Christi in ihrem Volk, in

ihrem kulturellen und gesellschaftlichen Kontext sein wollten. Im ÖRK ist sehr viel von der Inkulturation und der Kontextualität des Evangeliums gesprochen worden. Das alles hat uns in dem Bemühen bestärkt, nun auch Kirche in unserem eigenen Kontext zu werden, mit den Menschen zu leben und für die Menschen da zu sein, deren Heimat nun einmal – nolens volens – die DDR war. Die Gründung des Bundes war durchaus zu einem guten Teil davon motiviert, dieser Gesellschaft, diesem Lebenskontext nicht mehr auszuweichen, sondern sich ihm zu stellen. So wurden wir im ÖRK oder aus anderen Kirchen heraus immer wieder gefragt, wie wir denn nun als Kirchen in einem sozialistischen Staat leben oder leben können.

Wir haben aus der Ökumene auch sehr konkrete Anstöße erhalten, auf unseren Kontext einzugehen. Ich denke da z.B. an die Weltmissionskonferenz in Bangkok 1973 mit ihrem Thema „Heil heute“. Im Zusammenhang mit dieser Konferenz hat es eine ganze Serie von Gemeindegemeinaren zu diesem Thema gegeben, die das Ziel hatten, mutiger und klarer die gegenwärtige eigene Situation und die biblische Botschaft in Beziehung zu setzen. Es ging um das Erkennen der Tagesordnung Gottes in der eigenen Situation.⁶

Oder ich denke an die Begegnung mit anderen Minderheitskirchen. Sie waren wichtig für eine traditionelle Volkskirche, die immer mehr zur Minderheit wurde, weil wir sehen konnten, „daß die kleine Zahl nicht dazu verführen muß, sich vor der Gesellschaft und ihren Fragen abzuschirmen und nur das Überleben der eigenen Gemeinschaft für wichtig zu halten“.⁷

Hier muß auch der Besuch eines ökumenischen Teams 1979 erwähnt werden. Ein Brief dieser Gruppe an die Gemeinden in der DDR stellte Fragen zu den oft ungenutzten Chancen des Gemeindelebens, zum Christsein im Alltag, zum Gottesdienst, zu Kirche und Geld – Fragen, die teilweise noch lange diskutiert wurden und die zeigten, wie sehr die ökumenische Begegnung Quelle der Erneuerung für die Gemeinden sein kann.

Und es ist auch nicht zu leugnen, daß viele Christen in der „Dritten Welt“ mit der Entwicklung eines menschlichen Sozialismus viele Hoffnungen verknüpften und uns deshalb immer wieder nach unseren Erfahrungen mit dem Sozialismus fragten und den Weg einer „Kirche im Sozialismus“ durchaus mit Sympathie begleiteten. Im ÖRK hatten diese Stimmen Gewicht. Wir fühlten uns in unserer kritischen Solidarität mit dem Sozialismus, sofern es ihm um eine gerechtere und menschlichere Form des Zusammenlebens ging, verstanden und bestärkt.

Dazu gehörte auch die Ermutigung zur Auseinandersetzung und zum Dialog mit der herrschenden Ideologie. Er betraf nicht nur den sozialetischen

und gesellschaftspolitischen Bereich, sondern auch die theologische Auseinandersetzung. So ist zu der Studie von Faith and Order „Rechenschaft über die Hoffnung, die in uns ist“ von einem Facharbeitskreis des BEK ein Beitrag erarbeitet worden, der sich kritisch mit dem Atheismus und mit der Sicht des Menschen in der DDR auseinandersetzt.⁸

1.4 Die Ökumene war eine Ermutigung, Kirche in der Mission zu sein

Noch vor der Gründung des Bundes 1969 hat es einen ersten großen Schwerpunkt in der ökumenischen Mitarbeit der Kirchen in der DDR gegeben. Das ist die Beteiligung an der Studie über die missionarischen Strukturen der Gemeinde. 1963 wird dazu auf direkte Anregung aus dem ÖRK (H. J. Margull) eine Arbeitsgruppe für diese Studie in der DDR gegründet. Die Frage nach missionarischen Strukturen der Gemeinde trifft bei engagierten Theologen und dann auch bei den Kirchenleitungen auf offene Ohren, weil der dramatische Minorisierungsprozeß einfach zu der Frage zwingt: „Was kommt nach der Volkskirche?“⁹ Manches von dem, was vorhin schon zur „Kirche für andere“ gesagt wurde, steht auch in unmittelbarem Zusammenhang mit der Strukturstudie, und auch die schon erwähnten Gemeindegemeinschaften über „Heil heute“ waren in Zielstellung und Methode Teil des Suchens nach neuen missionarischen Strukturen. Diese Studie hat auch direkte Auswirkungen gehabt für die Entwicklung in einigen Landeskirchen (z. B. in der Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen) und im BEK.

Ermutigung ging vom ÖRK später dann auch zu einer neuen Teilnahme unserer Kirchen an der Weltmission aus. Seit 1961 war eine Aussendung von Mitarbeiter/innen aus der DDR nicht mehr möglich gewesen. Die Neuanfänge in den achtziger Jahren entstanden zumindest zum Teil in unmittelbarer Kooperation mit dem ÖRK, und sie waren bestimmt von der missions-theologischen Diskussion im ÖRK, die in der Erklärung von 1982 über „Mission und Evangelisation“ zusammengefaßt wurde. Dies kann man auch an dem schon erwähnten Papier „Mission – Gerechtigkeit – Partnerschaft“ ablesen.

2. Das Antirassismusprogramm in den Kirchen der DDR

Das Ernst-Lange-Institut hat für sein Studienprogramm „Ökumenische Aktions- und Reflexionsprozesse der Kirchen in der DDR“ auch das Antirassismusprogramm ausgewählt.¹⁰ Das ist berechtigt, weil dieses Programm etwa ein Jahrzehnt lang eine erhebliche Rolle in der ökumenischen Arbeit in

der DDR gespielt hat, und von vielen als exemplarisch für das ökumenische Engagement der Kirchen in der DDR angesehen wurde. Freilich war diese Einschätzung schon immer mit durchaus unterschiedlichen Akzenten versehen. Für viele stand und steht es als Beispiel für notwendige neue Wege ökumenischer Solidarität, und für viele war es von Beginn an auch in der DDR selbst Gegenstand heftiger Kritik und Distanzierung.

2.1 Verlauf und Schwerpunkte

Im Januarheft 1971 druckten die „Zeichen der Zeit“, die Monatsschrift für kirchliche Mitarbeiter/innen in der DDR, den Beschluß des Exekutiv-ausschusses des ÖRK vom September 1970 ab und ergänzend dazu den Plan für das PCR, der vom ZA 1969 in Canterbury bestätigt worden war. Im Heft 2 erschien ein einführender Aufsatz von Johannes Althausen zum PCR („Rassismus als ökumenisches Problem“), und in Heft 3/1971 finden wir dann den Brief von Bischof Schönherr, dem Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen (KKL), an Generalsekretär Blake, in dem die KKL ihre Unterstützung des Programms erklärt und eine konkrete Mitarbeit der Kirchen in der DDR in Aussicht stellt. Das ist ein für die DDR bemerkenswerter publizistischer Auftakt. Heute würde man sagen: Er markiert den Beginn einer Kampagne, mit dem das PCR in den Kirchen der DDR bekannt und den Gemeinden nahe gebracht werden sollte. Wichtiger freilich als das Gedruckte war für die Gemeinden häufig das hektographierte Material, das unmittelbar auf den Schreibtischen landete und konkrete Anregungen und Hilfen für die Gemeindearbeit enthielt oder häufig auch Informationen und Reflexionen, für die die Hürden zu hoch waren, die vor einer Drucklegung zu nehmen waren. Auch hier kann sich das PCR sehen lassen: Bis 1982 erschienen beim BEK 15 Ausgaben der Informationen zum ARP des ÖRK und außerdem Begleitmaterialien zu den vier Sondersammlungen für das ARP, zu denen 1971, 1973, 1975 und 1982 aufgerufen wurde.

Der Brief von Bischof Schönherr von 1971 enthält bereits nahezu alle wichtigen Aspekte, die für das Antirassismusprogramm in der DDR bestimmend waren.

1. Es lag der KKL daran, den ÖRK zu unterstützen. Die Kirchen in der DDR hatten wenig Möglichkeiten, in den Brennpunkten des Engagements gegen den Rassismus direkt wirksam zu werden, wie z.B. in Südafrika. So war ihre beste Möglichkeit, den ÖRK in seinem Engagement zu ermutigen und ihn argumentativ zu unterstützen. So hat die KKL bewußt und regel-

mäßig mit Dank und Zustimmung auf die Beschlüsse des ÖRK zum PCR reagiert, freilich dann auch durchaus differenziert Stellung genommen.

2. Der Brief spricht davon, daß in der Diskussion zum PCR theologische und ethische Fragen aufgebrochen sind, die einen Erkenntnis- und Lernprozeß eingeleitet haben. Der Brief spricht dann die Themen Versöhnung und Gewalt an und betont den Vorrang der Versöhnung auf dem Verhandlungswege vor der gewaltsamen Aktion. Diese Fragen sind danach immer wieder aufgenommen worden, am umfassendsten in dem Votum der KKL vom Juli 1979 zur Frage der Gewaltanwendung im Kampf gegen den Rassismus im südlichen Afrika.

3. Der Brief bejaht die Unterstützung von Befreiungsbewegungen als Form konkreter Solidarität, mit der der ÖRK seinen bisherigen Weg weiterführt. Aber der Brief begrüßt auch ausdrücklich die Zweckbindung der Gelder aus dem Sonderfonds für soziale und humanitäre Aufgaben und hält fest, daß auch die Spendenaktion in der DDR für Projekte im „Ausbildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen bestimmt sein“ sollen.

4. Der Brief bezeichnet den Verzicht auf eine Kontrolle der Verwendung der Gelder als ein Risiko, hält dieses Risiko aber für vertretbar, ja für „gerechtfertigt ... angesichts der in der Geschichte angehäuften Schuld der Weißen, von der sich unsere christlichen Kirchen nicht ausschließen können und dürfen“.¹¹ Mit der Schuldverflochtenheit ist ein „theologisches Grundmotiv“¹² angesprochen, das im Votum der KKL von 1979 entfaltet wird. Welches Gewicht dieses Motiv hat, deutet Bischof Schönherr in seiner Ansprache vor dem ZA des ÖRK 1981 in Dresden an. Er zitiert da das Stuttgarter Schuldbekennnis von 1945 und fährt dann fort: „Wir bitten Sie, liebe Brüder und Schwestern, uns zu helfen, daß wir ein solches Bekenntnis nicht noch einmal vor aller Welt abzulegen haben.“¹³

5. Der Brief kündigt eine Spendenaktion in den Kirchen der DDR an. Sie soll „im Einklang mit dem ARP“ im Rahmen der Aktion „Brot für die Welt“ stattfinden. Damit sind die Rahmenbedingungen genannt, unter denen konkrete Hilfe von der DDR aus geschehen konnte. Finanzielle Beiträge zum Sonderfonds des ÖRK waren nicht möglich wegen der Devisenbestimmungen der DDR. In aller Regel wurden, wie es bei Brot für die Welt in der DDR üblich war, Waren in der DDR gekauft, die dann den zu unterstützenden Organisationen direkt zur Verfügung gestellt wurden. Wenn ich mich recht erinnere, wurde diese Unterstützung, so weit es möglich war, mit dem ÖRK oder auch dem Lutherischen Weltdienst abgestimmt. Bis 1978 wurden etwa 1,8 Mio. Mark der DDR gesammelt. Das war zwar deutlich weniger als in den allgemeinen Sammlungen für Brot für die Welt in der

DDR, aber es war im ganzen doch eine erstaunliche Summe, die zeigt, daß das Antirassismusprogramm in vielen Gemeinden angenommen worden war.

6. Schließlich wird schon im Brief von 1971 der Zusammenhang mit den Menschenrechten hergestellt und die Überwindung des Rassismus als „ein Modellfall für die umfassende Verwirklichung der Allgemeinen Menschenrechte“ angesehen. Dieser Bezug zu den Menschenrechten wird auch in dem 3. Aufruf der KKL 1975 hergestellt. Albrecht Schönherr zitiert in seinen „Erinnerungen eines Altbischofs“ gerade diese Aussagen aus dem Brief von 1971 und hebt hervor, daß es der KKL darum ging, daß das Thema Menschenrechte auch in der DDR behandelt werden konnte.¹⁴ Das hat dann gerade von 1975 an eine große Rolle gespielt im Rahmen des Menschenrechtsprogramms der Kirchen im KSZE-Bereich, an dem sich der BEK intensiv zu beteiligen bemühte.

7. Ein Aspekt wird im Brief von 1971 nicht erwähnt, obwohl er auch damals schon deutlich absehbar war: die regionale Konzentration des PCR in der DDR auf das südliche Afrika. Diese Konzentration hängt zum einen mit der Missionsgeschichte zusammen. Von der Berliner Mission her gab es noch viele Beziehungen zur Ev.-Luth. Kirche im Südlichen Afrika, auch wenn persönliche Kontakte kaum noch möglich waren. Das Leiden des schwarzen südafrikanischen Volkes hat viele ganz persönlich bewegt. Im ARP sahen viele eine Möglichkeit, ihre Solidarität mit denen zu zeigen, die im direkten Kampf gegen Rassismus und Apartheid standen.

Ein anderer Grund für die regionale Einschränkung war, daß die DDR vor allem eine Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Mozambique und Angola zuließ. Aus den Kontakten nach Mozambique erwachsen später partnerschaftliche Beziehungen zum Nationalen Christenrat in Mozambique. Der Bund nahm damit auch eine direkte Anregung des ÖRK auf. Sie galt eigentlich auch für die Kirchen in Angola, doch zu nennenswerten offiziellen Beziehungen nach Angola ist es nicht gekommen.

In den achtziger Jahren war es dann das Kairos-Dokument südafrikanischer Christen, das viele ganz neu auf das Zeugnis der südafrikanischen Kirchen blicken ließ und das viele auch als eine Herausforderung verstanden, über die prophetische Rolle der Kirche in der eigenen Situation nachzudenken.¹⁵

Die Konzentration auf Südafrika ist von manchen aber auch bedauert worden, weil damit die Rückfrage nach den Wurzeln des Rassismus in der eigenen Gesellschaft in den Hintergrund trat. Rassismus als ein Phänomen, das uns selbst in unserem eigenen Volk betrifft, damit haben wir uns sicher zu

wenig beschäftigt. Eine Studie der Theologischen Studienabteilung beim BEK über die theologischen, sozialen und politischen Wurzeln des Rassismus in unserer eigenen Gesellschaft hat dies immerhin versucht.¹⁶

2.2 Kritische Rückfragen und damit verbundene Lernprozesse

Im ÖRK galten die Kirchen in der DDR als treue und zuverlässige Unterstützer des PCR. Dazu trug sicher bei, daß sie sich in ihrer Haltung vor allem zum Sonderfonds deutlich von den Kirchen in der BRD unterschieden. Aber auch in der DDR ist das PCR von vielen durchaus kritisch gesehen worden, in den Kirchenleitungen wie in den Gemeinden. Die Kritik führte aber auch immer wieder zu genauerem Nachfragen und zu Lernvorgängen.¹⁷

1. Die Unterstützung des PCR wurde kritisiert, weil sie für die Kirche in der DDR opportun sei und die Kirchen auch nichts koste. In der Tat lag das PCR mit seiner Unterstützung von politischen Befreiungsbewegungen durchaus auf der Linie von Partei und Staat in der DDR. Man konnte also auf Zustimmung rechnen und erhielt sie auch. Die DDR selbst unterstützte die Befreiungsbewegungen massiv und hatte andererseits keine diplomatischen Beziehungen zu den südafrikanischen Staaten. Es gab für die Kirchen in der DDR also auch kaum außenpolitischen Erklärungsbedarf. Das setzte sich später in der Frage der Investitionen im südlichen Afrika fort. Es war für uns einfach, für wirtschaftliche Sanktionen einzutreten. Die DDR hatte keine offiziellen Wirtschaftsbeziehungen nach Südafrika.

Andere fragten zurück, ob denn Sorge vor Opportunismus ein Grund sein könne, das nicht zu tun, was man eigentlich für richtig hält. Es ging doch um die ökumenische Gemeinschaft des Leibes Christi, die uns mit den leidenden Schwestern und Brüdern anderswo verbindet.¹⁸

Und der Vorwurf des Opportunismus wäre auch erst dann wirklich berechtigt, wenn er auf einen durchgehenden Grundzug der ökumenischen Arbeit verweisen könnte. In anderen Themenbereichen haben die Kirchen in der DDR sich aber sehr kritisch gegenüber Partei und Staat verhalten und Probleme und Aufgaben angesprochen, die von der Regierung und in der Gesellschaft gerade nicht oder so nicht verfolgt wurden, z. B. in Fragen der Abrüstung und der Sicherheitskonzepte, der Friedenserziehung und Friedensdienste, der Umwelt.

2. Das PCR sei, so wurde gesagt, ein Ausweichen auf den fernen Nächsten. Statt sich mit den Problemen im eigenen Land zu beschäftigen, kümmerge man sich um Probleme, die uns doch eigentlich nichts angingen. Es waren freilich häufig dieselben Leute, die dann bei nächster Gelegenheit

fragten, ob denn der ÖRK auch etwas zur Mauer und zu den Problemen in der DDR gesagt habe. Daß Verantwortung für Gerechtigkeit letztendlich unteilbar ist, war ein wichtiger Lernprozeß, der gerade durch das PCR befördert wurde. Immer wieder habe ich es auch erlebt, daß Menschen in den Gemeinden durch die Begegnung mit Christen aus der Dritten Welt die eigenen Probleme und die eigene Situation in anderem und neuem Licht sahen: Es gibt Länder und Kirchen mit viel größeren und schwerwiegenderen Problemen. Freilich darf darauf nicht mit erhobenem Zeigefinger hingewiesen werden, wie es teilweise auch geschehen ist, um beruhigend von den „Wehwehchen“ im eigenen Land abzulenken.

Und handelte es sich wirklich nur um den fernen Nächsten? Schon im Brief von 1971 wurde die eigene Schuldverflochtenheit angesprochen. In dem Votum der KKL von 1979 zur Frage der Gewaltanwendung im Kampf gegen den Rassismus im südlichen Afrika wird ein Zusammenhang der Situation in Südafrika mit der eigenen deutschen und europäischen Geschichte hergestellt. Man sah in der Situation in Südafrika einen Schaden, der durch Schuld und Versäumnisse europäischer Völker verursacht wurde, zu denen auch wir gehörten. Dem konnten wir uns nicht entziehen.¹⁹

Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es erst sehr spät dazu kam, auch nach dem Rassismus und seinen Wurzeln in der eigenen Gesellschaft in der DDR zu fragen. Das hängt sicher damit zusammen, daß es Anfang der siebziger Jahre noch kaum Ausländer in der DDR gab. Das änderte sich nach der Unabhängigkeit Mozambiques und Angolas (und dem Ende des Vietnam-Krieges) auch nur geringfügig. Aber es stimmt nicht, daß das Ausländerproblem für die ostdeutschen Länder ein Nachwendeproblem ist. Nicht umsonst hat die Ökumenische Versammlung in der DDR 1988/89 einen Text verabschiedet über „Leben in Solidarität mit Ausländerinnen und Ausländern“. Die Anzeichen für Rassismus und Ausländerfeindlichkeit wurden durchaus sensibel wahrgenommen. Es ist ganz klar, daß die Mitarbeit am PCR dazu wesentlich beigetragen hat.

3. „Kooperation mit den Kommunisten“ war ein weiterer Vorwurf. In der Tat war die praktische Durchführung der Hilfsaktionen nur in Kooperation mit der staatlich gelenkten Solidaritätsbewegung in der DDR möglich. Und die Sorge war groß, ob denn die Hilfe aus den Gemeinden nicht einfach vom Staat und dem Solidaritätskomitee vereinnahmt wurde, ob die Anliegen der Kirchen auch transportiert würden, ob es wirklich nur soziale und humanitäre Zwecke waren. Und die Sorge war gewiß berechtigt. Ihr korrespondierte bei einigen Promotoren des PCR in der DDR die bewußte Zielstellung, über die konkrete Kooperation Berührungspunkte zwischen Christen

und Marxisten auf beiden Seiten abzubauen, Wege zum Dialog zu bahnen und zu einer positiveren Haltung zum Sozialismus zu kommen.

In der Propaganda der DDR wurden freilich die Befreiungsbewegungen wesentlich kommunistischer als sie tatsächlich waren. Daß viele führende Vertreter des ANC Christen waren (und sind), haben wir so richtig wohl erst in den Diskussionen um das Kairos-Dokument wahrgenommen. Es war für mich schon verblüffend, Ende der achtziger Jahre mit der ANC-Vertretung in der DDR über eine kirchenmusikalische Ausbildung für zwei ihrer Leute verhandeln zu können, die dann in Halle an der Kirchenmusikschule auch tatsächlich in Angriff genommen wurde.

Es war andererseits aber auch enttäuschend für viele, daß die FRELIMO-Regierung und die Regierung der DDR Kontakte der Kirchen zum NCC in Mozambique lange Zeit durchaus erschwerten. Solidarität schien sich nicht auszuzahlen. Dürfen wir als Kirchen Bewegungen unterstützen, die Gewalt anwenden? Diese Frage ist auch in den Kirchen in der DDR kontrovers diskutiert worden. Gerade auf dem Hintergrund der Friedensarbeit der Kirchen, ihrem Einsatz für eine Erziehung zum Frieden, mußte es auf Kritik stoßen, daß nun Organisationen unterstützt wurden, die bewußt Gewalt als Mittel im Kampf um Befreiung einsetzten.

4. Das Votum der KKL vom Juli 1979, das eine Reaktion auf das Papier des ÖRK „Südafrika – Hoffnung um welchen Preis?“ war, hat Gewalt als Mittel nicht christlich gerechtfertigt. Dennoch gebe es „Grenzsituationen“, „wo wir keine andere Möglichkeit sehen, wirksam für das Recht und die Würde des Nächsten einzutreten, als durch Anwendung von Gewalt, die in sich immer fragwürdig bleibt. Der darin liegende Widerspruch ist rational nicht auflösbar. Er verwehrt uns Selbstrechtfertigung ebenso wie Verurteilung der Brüder und weist uns an das gnädige Gericht Gottes“.²⁰ Die ungeteilte Zustimmung zur Zielbestimmung „soziale Gerechtigkeit“ verlangt keine Identifikation mit den Mitteln des Kampfes, zu denen sich Brüder und Schwestern in einer konkreten Situation der Unterdrückung entschließen. Aber die Solidarität kann und soll doch durchgehalten werden. Denn: „Kritische Solidarität ist nicht der Versuch, sich herauszuhalten, sondern eine Solidarität, die auch in einem klaren und entschiedenen Nein zu einzelnen Entscheidungen sich für die Brüder engagiert.“ So räumt die KKL „den Betroffenen (bewußt) die freie Entscheidung über den einzuschlagenden Weg der Veränderung ein“. Sie macht aber auch deutlich: „Wie sich die Situation uns darstellt, vermögen wir die Möglichkeiten und Erfolgchancen eines gewaltvollen Befreiungskampfes in Südafrika nicht sehr hoch einzuschätzen.“²¹

Ich finde diese Aussagen nach wie vor bemerkenswert, auch für die heutigen Diskussionen über militärische Gewaltanwendung als ultima ratio.

3. *Schlußbemerkung: Vom PCR zur Ökumenischen Versammlung*

Die breitere Beteiligung am PCR war in den Kirchen in der DDR im wesentlichen auf die siebziger Jahre beschränkt. In den achtziger Jahren traten andere Themen und Aktionen in den Vordergrund. 1981 begannen die Friedensdekaden. Abrüstung, Entspannung und die Frage der internationalen Sicherheit beschäftigten die Synoden. Ab 1983 war es immer mehr der konziliare Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, für den sich die Basisgruppen, die Ökumeniker und die engagierten Gemeinden einsetzten. Er brachte mit der Ökumenischen Versammlung in der DDR 1988/89 aber auch noch einmal so etwas wie eine große Bündelung nahezu aller ökumenischen Themen, die uns in der DDR beschäftigt hatten. Die Grundrichtung wurde in den drei vorrangigen Optionen für Gerechtigkeit, für Gewaltfreiheit und für den Schutz und die Förderung des Lebens zusammengefaßt. Mehr Gerechtigkeit in der DDR war die dominierende Forderung, ohne dabei die weltweiten Strukturen der Ungerechtigkeit aus den Augen zu verlieren. Die Ökumenische Versammlung war für manche der letzte Versuch, den Sozialismus beim Wort zu nehmen. Andere sahen in den Ergebnistexten von Dresden die Grundzüge eines Programms für eine Opposition in der DDR. Sieht man genau hin, so merkt man, nicht nur in dem Text über das Leben mit Ausländern, wieviel an Fragestellungen, Erkenntnissen und Zielvorstellungen auch durch die Mitarbeit der Kirchen in der DDR am PCR vorbereitet worden ist.

ANMERKUNGEN

- ¹ Grundprobleme der ökumenischen Arbeit des Bundes und seiner Gliedkirchen. In: Kirche als Lerngemeinschaft. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Ev. Kirchen in der DDR, Berlin 1981, S. 63.
- ² Vgl. Orientierung Ökumene. Ein Handbuch. ... hrg. von H.-M. Moderow und M. Sens, Berlin ²1987, S. 14f.
- ³ Der Vortrag konnte in der DDR nicht gedruckt werden. Jetzt in: Zwischen Anpassung und Verweigerung. Dokumente aus der Arbeit des BEK, hrg. von Chr. Demke, M. Falkenau, H. Zeddies, Leipzig 1994, S. 14ff, bes. S. 26.
- ⁴ Zur theologischen Relevanz der Menschenrechte (Juni 1974). In: Zwischen Anpassung und Verweigerung (s. Anm. 3), S. 254.
- ⁵ In: Gemeinsam unterwegs. Dokumente aus der Arbeit des BEK 1980–87, Berlin 1989, S. 88ff. Vgl. dazu die Darstellungen von E. Schülzgen und G. Hickel in: Über Grenzen hin-

- weg zu wachsender Gemeinschaft. Ökumene in der DDR in den achtziger Jahren, hrg. von M. Sens und R. Bodenstein, Beiheft zur Ökumenischen Rundschau 62, Frankfurt/M. 1991, S. 99ff und 91ff.
- ⁶ Siehe G. Linn: Fragen und Probleme nach der Durchführung von Gemeindegemeinschaften über „Heil heute“. In: Kirche als Lerngemeinschaft (s. Anm. 1), S. 119 u. 125.
 - ⁷ A. Schönherr vor dem Zentrallausschuß des ÖRK 1981 in Dresden. In: Gemeinsam unterwegs (s. Anm. 5), S. 44.
 - ⁸ In: Zwischen Anpassung und Verweigerung (s. Anm. 3), S. 60ff.
 - ⁹ So der Titel eines Studienbandes von Joh. Althausen im Auftrag des Ernst-Lange-Instituts für Ökumenische Studien, in dem der Weg der Strukturstudie in der DDR von 1962 bis 1973 nachgezeichnet wird (Ökumenische Aktions- und Reflexionsprozesse der Kirchen in der DDR, Bd. 1, Rothenburg o.d.T. 1997).
 - ¹⁰ Elisabeth Adler hat dieses Projekt des Ernst-Lange-Instituts mit geplant und gestaltet. Sie hatte auch wesentlichen Anteil an der Gestaltung des Antirassismusprogramms in der DDR, nicht nur aufgrund ihrer zeitweisen Mitarbeit in Genf (Ein erster Anfang. Bilanz der ersten fünf Jahre des Programms zur Bekämpfung des Rassismus. Berlin 1975), sondern auch als Mitglied des Facharbeitskreises für Ökumenische Diakonie im BEK und als Vorsitzende des Arbeitskreises Südafrika im Ökumenisch-Missionarisches Zentrum Berlin.
 - ¹¹ Zeichen der Zeit (1971) 3, S. 100.
 - ¹² G. Planer-Friedrich, „Wurzeln des Rassismus“. Zu einer Studie der Theol. Studienabteilung beim BEK in der DDR. In: Ökumenische Rundschau (1985) 2, S. 200.
 - ¹³ Gemeinsam unterwegs (s. Anm. 5), S. 46.
 - ¹⁴ A. Schönherr, ... aber die Zeit war nicht verloren. Berlin 1993, S. 281. Der Aufruf zur 3. Sonderspende 1975 in: Zeichen der Zeit (1975) 4, S. 153.
 - ¹⁵ Vgl. Chr. Hinz, Zur Aufnahme des KAIROS Dokumentes in Gemeinden der DDR In: Christen im Widerstand, hrg. von Rud. Hinz und F. Kürschner-Pelkmann. (texte zum Kirchl. Entwicklungsdienst 40) Stuttgart 1987, S. 139ff.
 - ¹⁶ Vgl. Planer-Friedrichs Zusammenfassung (s. Anm. 12).
 - ¹⁷ Zur Kritik am PCR in der DDR siehe auch G. Besier, Das Programm des ÖRK zur Bekämpfung des Rassismus, afrikanische Volksrepubliken und die deutschen Kirchen. In: Kirchliche Zeitgeschichte (1996) 2, S. 251ff.
 - ¹⁸ Vgl. Chr. Hinz (s. Anm. 15), S. 150.
 - ¹⁹ Votum der Konferenz der Ev. Kirchenleitungen in der DDR vom 6./7. Juli 1979 zur Frage der Gewaltanwendung im Kampf gegen den Rassismus im südlichen Afrika. In: Kirche als Lerngemeinschaft (s. Anm. 1), S. 228ff, hier 235.
 - ²⁰ Votum der KKL (s. Anm. 19), S. 232.
 - ²¹ Ebd. S. 236 und 238.